Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto 2 Thaler 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße № 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal erscheint.

Breslauer Zeitung.

No. 136. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag den 20. März 1860.**

Telegraphische Depesche.

Flensburg, 19. März, Abends. So eben ist die Ständeversammlung geschlossen worden. Bevor der kgl. Kommissarius den Schluß der Session ausgesprochen, bat Thomsen-Oldensworth um das Wort, der Präsident verweigerte ihm aber dasselbe.

Telegraphische Nachrichten.

London, 18. März. Der ministerielle „Observer" spricht sich dahin aus, die Einverleibung Savoyens hindere nicht die Bildung eines italienischen Königreiches, welches dem Ehrgeiz Oesterreichs und Frankreichs gegenüber stark genug sei.

Der „Observer" bezeichnet das von den toryistischen Organen „Morning Herald" und „Press" gestern in Umlauf gesetzte Gerücht, daß der Minister des Innern, Sir George C. Lewis, seine Entlassung genommen habe, als vollständig falsch.

London, 18. März. Reuter's Bureau wird aus Wien vom heutigen Tage gemeldet: Marquis de Moustier hat die baldige Räumung der Lombardei angezeigt und zugleich das Ersuchen gestellt, darüber versichert zu werden, daß Oesterreich nach dem Abmarsch der französischen Truppen nicht interveniren werde. Hierauf hat Oesterreich geantwortet, es habe seit Villafranca bereits zu große Opfer für Erhaltung des Friedens gebracht, als daß es den Streit von neuem sollte entzünden wollen; es müsse jedoch die Aufmerksamkeit Frankreichs auf die piemontesischen Umtriebe in Venetien lenken. Oesterreich werde Venetien mit allen Mitteln vertheidigen.

London, 19. März. Der Dampfer „Europa" ist aus Newyork mit 95,000 Dll. an Contanten und Nachrichten vom 8. d. in Queenstown eingetroffen. Nach denselben wurde die Verwerfung des mexicanischen Vertrages erwartet. Die Fonds waren besser, Baumwolle beständig, middling 11¼. Zucker gedrückt, Kaffee ruhig; Mehl, Weizen flau. In New-Orleans war am 7. d. Baumwolle middling 10½ bis 11.

London, 19. März. Die heutige „Times" enthält eine Depesche aus Wien, nach welcher sich **Oesterreich gegen jede Verletzung der durch Verträge garantirten Rechte der Neutralität der Schweiz aussprechen würde.**

Paris, 18. März. Dem Könige von Sardinien ist das zweite Monitorium des Papstes behändigt, worin demselben angezeigt wird, daß die Beziehungen zu der königlichen Familie wegen Bruches der kirchlichen Gesetze eingestellt seien und er mit dem großen Kirchenbanne bedroht wird.

Turin, 14. März. Die Eröffnung des Parlaments ist bis zum 12. April verschoben. Nach Ueberreichung des Annexions-Votums wird der König eine Proklamation an die Völker der neuen Provinzen erlassen. Die „Gazetta del Popolo" fordert die übrigen Blätter auf, sich der Nachrichten über Truppen-Bewegungen zu enthalten. Seit einiger Zeit soll zwischen dem Prinzen Napoleon und dem Grafen Cavour ein lebhafter Briefwechsel in Betreff der Aussteuer der Prinzessin Clotilde geführt werden. Der Abschluß eines neuen Anlehens im Betrage von 100 Millionen Lire soll in Aussicht stehen. In den hiesigen Arsenalen wird noch immer mit aller Anstrengung gearbeitet. Die Rekruten werden täglich zwei- bis dreimal exercirt und vorzugsweise im Bayonnetfechten geübt.

Turin, 15. März. Die „Armonia" veröffentlicht eine Adresse aus Savoyen an den König gegen die Lostrennung. Die vierte Division hat Befehl erhalten, sich zum Abmarsch nach Bologna bereit zu halten.

Turin, 18. März. Farini ist heute Nachmittag 4 Uhr vom Könige empfangen worden und hat die Dokumente über die allgemeine Abstimmung der Aemilia übergeben. Der König sagte bei dieser Gelegenheit etwa Folgendes: Die Manifestation habe sich vollständig erprobt. Der König nehme das Votum der Bevölkerungen der Aemilia an, indem er die Herzogthümer und auch die Romagna mit den alten Provinzen vereinige. Die Romagna habe sich von der päpstlichen Regierung getrennt; der König sagte, er werde es nicht an seiner Verehrung für das Oberhaupt der Kirche fehlen lassen, und sei bereit, die Unabhängigkeit, welche der obersten geistlichen Gewalt des Papstes nothwendig sei, zu vertheidigen, zur Erhaltung seines Hofes beizutragen, so wie seiner Souveränetät die höchste Achtung zu zollen. Die amtliche Zeitung enthält ein Dekret, wodurch die Provinzen der Aemilia annexirt und deren Wahlkollegium zum 25. März zusammenberufen werden.

Genua, 13. März. Am 15. wird die neue Dampffregatte „Maria Adelaide" ihre Probefahrt machen, und sodann mit dem ganzen Geschwader unter Contre-Admiral Persano in See stechen. Bis jetzt haben sich erst sieben Handelskapitäne zum Eintritte in die Kriegsmarine als Unterlieutenants gemeldet; das Ministerium hatte 20 verlangt. Zur vollständigen Bemannung der Schiffe sollen noch gegen 1000 Matrosen fehlen.

Florenz, 16. März. Das definitive Resultat der Abstimmung, das verkündet worden ist, stellt sich folgendermaßen heraus: Die ganze Bevölkerung 1,806,940. Zahl der Votirenden 386,445. Für die Annexion 366,571; für ein getrenntes Königreich 14,925, ungiltige Stimmzettel 4949. Die Straßen, in denen sich ununterbrochen eine unermeßliche Menschenmenge herumtrieb, waren mit den französischen und den Nationalfarben geflaggt und sie wurden mit Eintritt der Nacht illuminirt. Die Menschenmasse füllte den Platz an der Signoria und überall ertönten patriotische Acclamationen. Die Forts der Straßen löste eine Salve von 101 Kanonenschüssen.

Parma, 15. März. Das definitive Resultat der Abstimmung ist: Eingeschriebene Wähler 72,462; Votirende 53,947; Annexionisten 53,782; Separatisten 516.

Athen, 10. März. An der hiesigen Universität haben wiederholt lärmende Demonstrationen gegen den Privat-Docenten Kosti stattgefunden. In der Nähe von Athen soll ein Uebungslager errichtet werden.

München, 19. März. Die Mittheilung des „Stuttgarter Beobachters", nach welcher der französische Gesandte in München bereits über die Abtretung der Pfalz an Frankreich gesprochen haben sollte, wird offiziell als unbegründet erklärt.

Preußen.

K. C. **28. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.**

Präsident Simson eröffnet die Sitzung gleich nach 11 Uhr. Am Ministertische: v. Auerswald, v. d. Heydt, v. Schleinitz, v. Patow, Graf Schwerin, Admiral Schröder und einige Reg.-Kommissare. Die Tribünen sind stark besetzt.

Präs. Simson kündigt an, daß zum Geburtstage des Prinz-Regenten (22. März) wiederum, wie im vorigen Jahre, die drei Präsidenten die Glückwünsche des Hauses überbringen werden.

Es folgt die Verlesung der zahlreich unterstützten Interpellation der Abg. Dr. Riedel und Jacob. Das Staatsministerium wird darin gefragt, ob es „für nothwendig erkennt und entschlossen ist, auf die baldigste Gewährung einer allen Gattungen von Zucker zu bewilligenden angemessenen Export-Bonifikation fortgesetzt in geeigneter Weise hinzuwirken". Motivirt ist die (gedruckt vorliegende) Interpellation mit Hinweis auf die seit 1853 mehrmals erfolgte Erklärung dieses Wunsches, auf die seitdem eingetretene Verdoppelung der zollvereinsländischen Zuckerproduktion. Auch die Regierung hat die Nothwendigkeit der Gewährung einer freieren Handelsbewegung erkannt und sie hat die Bewilligung einer Export-Bonifikation bei der vorjährigen Zollkonferenz in Vorschlag gebracht. Der Vorschlag ist jedoch, obschon die beabsichtigte Export-Bonifikation so niedrig gestellt war, daß dabei ein Theil des wirklich gezahlten Steuerbetrages der Staatskasse verblieben sein würde, auch damit wesentliche Zollerleichterungen für den Eingang indischen Zuckers in Verbindung gesetzt waren, in der Zollvereins-Konferenz abgelehnt. Finanziell und national-ökonomisch ist die Erfüllung des fraglichen Wunsches dringend geboten. Das Wachsthum der inländischen Consumtion hat mit der schnellen Vermehrung des Produktes nicht gleichen Schritt halten können. Bei dem fortdauernd festgehaltenen Verschlusse der auswärtigen Märkte ist nun für die inländischen eine Ueberfüllung eingetreten, welche durch unverhältnißmäßig erniedrigte Preise nicht nur jede auf inländische Consumtion berechnete Einfuhr von Kolonialzucker, selbst an uralten Bezugsplätzen, bei den bestehenden Zollsätzen völlig auszuschließen, sondern auch einen bedeutenden Rückgang der Rübenzucker-Industrie herbeizuführen droht; eine verderbliche Erschütterung bestehender Gewerbs- und Nahrungsverhältnisse mit nicht geringer Einbuße an Privatvermögen und eine beachtenswerthe Einbuße an öffentlichem Einkommen würde davon die Folge sein. In Oesterreich ist bereits unterm 9. Januar d. J. eine sehr reichliche Export-Bonifikation gewährt, die dem zollvereinsländischen Zucker auf jedem gemeinschaftlichen Markte, z. B. in der Schweiz, den Mitbewerb unmöglich macht.

Finanzminister v. Patow erklärt sich zur sofortigen Antwort bereit, und erklärt nach einer kurzen Begründung der Interpellation durch den Abg. Jacob): (die Antwort des Finanzministers s. in der nächsten Nr.).

Die Commission zur Berathung des Antrags v. Vincke wegen der kurhessischen Frage besteht aus den Abg. v. Carlowitz, Vorsitzender, Duncker (Berlin), Stellvertreter des Vorsitzenden, Delius, Schriftführer, v. Bethmann-Hollweg (Bromberg), Stellvertreter des Schriftführers, Braun (Bonn), Bürgers, Dr. Veit, v. Sänger, v. Rönne, Duncker (Neustettin), Techow, Immermann, Burghard, Mathis (Barnim).

Bei der Berathung des Berichts der Budget-Commission über die Etats des Finanzministeriums u. s. w. — worüber bereits ausführlich berichtet ist — entsteht eine Diskussion bei der Position von 150,000 Thlr. als erste diesjährige Rate für die ostasiatische Expedition. Die Commission schlägt Bewilligung der geforderten Summe, zugleich aber „Mißbilligung" vor, daß die Expedition vor Bewilligung der Mittel durch die Landesvertretung abgesandt ist.

Minister v. Schleinitz: Das Verhalten der Regierung in dieser Angelegenheit ist von Seiten Ihrer Commission besonders in formeller Hinsicht einer scharfen Kritik unterworfen worden. Gestatten Sie mir, dieser Kritik gegenüber in der Kürze den Hergang der Sache mitzutheilen. Der Gedanke, eine handelspolitische Mission unter dem Schutze einer Abtheilung unserer Kriegsmarine nach den ostasiatischen Gewässern zu senden, um gesicherte kommerzielle Verbindungen anzuknüpfen, dieser Gedanke war schon vielfach in Anregung gebracht und namentlich im Laufe des vorigen Winters von der Staatsregierung in nähere Erwägung gezogen worden. Die Ergebnisse dieser Erwägung waren die, daß die Staatsregierung vielleicht schon im vorigen Jahre mit einem ausgearbeiteten Plane vor die Landesvertretung getreten wäre, wenn die politischen Ereignisse in Italien nicht damals ein derartiges Unternehmen verhindert hätten. Als nach Wiederherstellung des Friedens dieses Hinderniß beseitigt worden, glaubte die Regierung darauf zurückkommen zu sollen, weil sie ihre Absichten sicher ausführen zu können glaubte. Sie werden sich erinnern, daß um jene Zeit Frankreich und England sich vereinigten, eine Expedition gegen China auszurüsten; es konnte mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß durch diese Expedition eine bedeutende Aenderung in den internationalen Beziehungen herbeigeführt werde. Es schien deshalb von nicht geringer Wichtigkeit, unsere Expedition so zu beschleunigen, daß die in Aussicht stehenden günstigen Conjuncturen auch zu unserm Vortheil an Ort und Stelle wahrgenommen werden können. Daß dies ohne große Schwierigkeiten gelingen werde, dürften wir um so mehr hoffen, als wir mit denjenigen Mächten, auf deren guten Willen es sehr viel ankommt, in den besten Beziehungen standen. Die Regierungen von Frankreich, England, Rußland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben in zuvorkommendster Weise Zusicherungen ertheilt, welche auf ihren Beistand zählen lassen. Wenn die Regierung in Erwägung einer so ausnahmsweise günstigen Sachlage sich entschloß, ohne vorherige Zustimmung des Landtags vorzugehen, so war sie sich sehr wohl der Verantwortlichkeit bewußt, allein sie hatte auch zu erwägen, daß dieser ihrer verfassungsmäßigen Pflicht eine andere Pflicht gegenüberstand, welche allerdings nur eine moralische war, zu deren voller Beachtung die Regierung sich jedoch verbunden hielt, — die Verpflichtung nämlich, für ein nützliches Unternehmen einen günstigen Zeitpunkt nicht vorübergehen zu lassen. Hätte die Regierung den verfassungsmäßigen Weg eingeschlagen, so würde für das Unternehmen ein Zeitraum von mindestens 1—1½ Jahre verloren gegangen sein, und gerade der Zeitraum, welcher für die Ausführung des Planes ganz besonders geeignet war. Gestützt auf diese Ueberzeugung, glaubte die Regierung die Bedenken ausnahmsweise den höhern Rücksichten unterordnen zu müssen; sie wurde in dieser Richtung auch durch den Umstand bestärkt, als die inzwischen in weiteren Kreisen bekannt gewordene Absicht der Regierung von keiner Seite gemißbilligt wurde, wohl aber vielfache Anerkennung fand. Es war deshalb auch keine übertriebene Erwartung, daß diese günstige Auffassung der Sache auch in der Landesvertretung vorherrschend sein würde. Nichts aber kann in höhrem Grade der thatsächlichen Begründung entbehren, als die Vermuthnng, daß die Regierung gerade in der Voraussicht der Schwierigkeiten, die ihre Pläne bei der Landesvertretung finden würden, durch einseitiges Vorgehen dieselben habe realisiren wollen. Die Regierung ist vielmehr, vielleicht sehr mit Unrecht, aber einstimmig und in gutem Glauben der Ansicht gewesen, daß die in Rede stehende Expedition von der überwiegenden Mehrheit der Landesvertretung mit Befriedigung aufgenommen werden würde; sie hält auch noch jetzt an dieser Voraussetzung fest. Sollte dies nicht der Fall sein, so glaubt sie doch annehmen zu müssen, daß eine so scharfe Rüge, wie die Commission sie ausgesprochen, nicht der Absicht des Hauses entspreche; sie giebt sich vielmehr der Hoffnung hin, daß der Commissions-Antrag verworfen werden wird. — Unter den materiellen Einwänden ist auch der, es wäre ungleich besser gewesen, wenn wir uns einer anderen Macht angeschlossen hätten. Ich bitte zu erwägen, daß der gesammte Zollverein sich angeschlossen hat, und daß wir auch auf die Theilnahme von Seiten der deutschen Hansestädte rechnen dürfen. Nun frage ich Sie, würde es würdig, angemessen oder politisch gewesen sein, ein solches Mandat unter einer fremden Flagge auszuführen. Hätten wir auch nur annehmen dürfen, den großen Völkerschaften einen annähernden Begriff von der Bedeutung unseres Gebiets zu geben, wenn wir unter der bescheidenen Hülle etwa eines einfachen Handelsreisenden vorgehen wollten? Ich glaube, es werden Wenige unter Ihnen sein, welche ein solches Unternehmen unter einem anderen als dem preußischen Banner unternommen sehen wünschen. (Bravo!) Es ist endlich noch auf die augenblickliche politische Weltlage hingewiesen und angeführt, daß in so schwierigen Zeiten, wie die jetzigen, man an ein solches Unternehmen nicht hätte denken sollen. Ich glaube, es wird hierbei übersehen, daß die Regierung ihren entscheidenden Beschluß in dieser Sache zu einer Zeit faßte, wo der Abschluß eines definitiven Friedens in naher Aussicht stand. Wenn seit Kurzem der politische Horizont sich wieder getrübt hat, so war das damals nicht vorauszusehen. Die Regierung verkennt den Ernst der Situation, in der sie sich gegenwärtig befindet, keineswegs, aber sie hält es nicht für gerechtfertigt, solcher Ereignisse wegen, die sehr wandelbarer Natur sind, ein solches Unternehmen jetzt zu sistiren. Wenn man idyllische Zeiten abwarten will, wo Ihnen die Versicherung ertheilt werden kann, daß innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren keine kriegerischen Ereignisse eintreten werden, dann, meine Herren, werden derartige Unternehmungen ein für allemal ad calendas graecas verschoben werden müssen.

Abg. Kruse (sehr schwer verständlich): Er stehe auf einem Standpunkte, der weder von der Regierung, noch von der Kommission gebührend gewürdigt worden sei. Er sei darauf durch das Schreiben einer seiner Wahlmänner aufmerksam geworden. (Der Redner verlies't dieses Schreiben, „eines des größten Rheders des preußischen Staates", welches die Schwierigkeit des Unternehmens hervorzuheben scheint.) Eins der bedeutendsten Gewerbe des preußischen Staates sei Schiffsbau und Rhederei. Der Verlust, den wir erleiden könnten, sei unbedeutend gegen den Vortheil einer solchen Expedition. Er stimme derselben im Ganzen bei. Wir dürfen nicht hinter Dänemark zurückbleiben. — Eine unbedingte Zustimmung zu solchen faits accomplis auszusprechen, müßte aber vermieden werden bis zu bedeutenderen Momenten. Dem ersten Satz des Commissions-Vorschlages stimme er vollkommen bei, den zweiten wünsche er dahin formulirt: daß das Haus den Beginn der Expedition vor der Genehmigung der Mittel durch die Landesvertretung „nicht für gerechtfertigt" erkläre.

Chef der Marineverwaltung, Admiral Schröder: (Gleich nach den ersten Worten bittet der Präsident den sehr schwer verständlichen Redner deuttlicher zu sprechen, — ohne Erfolg): Die Schiffe seien am 24. Oktober v. J. von Danzig abgegangen, also zu einer für Kriegsschiffe vollkommen geeigneten Zeit; selbst Handelsschiffe unternähmen dann noch solche Fahrten. Die Verzögerung der Expedition sei zum Theil Schuld der Fabriken, deren Lieferungen zu spät eingegangen, und anderer Umstände. Man habe mehrere Schiffe gesendet, um die Expedition wirksamer und imposanter zu machen.

Abg. Harkort: Mit dem Gedanken der Absendung einer Expedition sei er einverstanden, doch habe er gegen die Ausführung Bedenken. (Worin diese bestehen, bleibt auf der Tribüne unverständlich. Der Redner erinnert an den mangelhaften Bau der Arcona.)

Abg. Strohn will Bewilligung der geforderten Summe, aber Verwerfung der daran geknüpften Resolution; er beantragt Theilung des Commissions-Antrages bei der Abstimmung.

Abg. Milde tadelt die Verletzung des constitutionellen Brauches; die Regierung hätte, wie in England üblich, vorher einen Credit fordern sollen; die Expedition selbst könne er im Interesse der jungen Marine nur billigen.

Von den Abg. v. Vincke (Hagen), von Saucken-Julienfelde, von Auerswald (Rosenberg), Harkort und Genossen ist inzwischen ein Antrag eingegangen, dahin lautend: die Kosten der Expedition zu bewilligen und die Absendung derselben vor der erfolgten Genehmigung der Landesvertretung auf den heutigen Antrag des Staatsministeriums nachträglich als gerechtfertigt zu erklären.

Abg. v. Eynern befürwortet die Ertheilung einer solchen Indemnität.

Abg. Behrend (Danzig): Er müsse sich gegen die von Mitgliedern des Handelsstandes hier ausgesprochenen Ansichten bezüglich der Expedition erklären. Man habe die handelspolitische Bedeutung der letzteren hervorgehoben und das Interesse des Handels betont; er sei anderer Ansicht und könne nicht zugeben, daß der preußische Handelsstand ein so wesentliches Interesse an dem Geschwader von vier oder fünf Schiffen habe. Die Erwartungen auf handelspolitische Erfolge seien unbedeutend, da ein Diplomat an der Spitze der Unternehmung nicht geeignet sei, für den Handel Großes zu wirken. Man möge nur dem Handel gestatten, seine eigenen Wege zu suchen. Er bezweifle, daß der diplomatische Leiter der Expedition so tief in die Handelsbeziehungen Preußens und des Zollvereins eingedrungen sei, daß er dieselben fördern könnte. Der Handel habe bis jetzt auf eigenen Füßen gestanden, und man möge ihm auch jetzt überlassen, selbst für sich zu wirken. Was den der Regierung zu ertheilenden Tadel betreffe, so müsse er nach den Erklärungen der Minister fragen, ob man denn so sicher sei, daß die Landesvertretung, zur rechten Zeit befragt, die Expedition wirklich gutgeheißen hätte? Ihm scheine das nicht so sicher, wie manchem Andern. Das Land habe in dieser Sache geschwiegen, weil es auf die Entscheidung der Kammer wartete, letztere sei aber zu spät gefragt worden. Er müsse die Erwartung und den Wunsch aussprechen, daß soweit die Expedition noch jetzt zu beschränken wäre, die Regierung darauf Rücksicht nehmen möge. — Im Einzelnen stimme er mit dem Admiral Schröder darin überein, daß ein zu spätes Auslaufen der Schiffe aus der Ostsee nicht stattgefunden, müsse aber sein Bedauern darüber aussprechen, daß der Ankauf des Transportschiffes in Hamburg mit zu großer Eile erfolgt sei. In Danzig sei der Handelsstand über diesen Ankauf sehr überrascht gewesen. Er habe das Schiff in Hamburg gesehen und glaube behaupten zu können, daß man ein gleich großes, gleich gutes Fahrzeug, mindestens für denselben Preis in Preußen hätte erwerben können. — (Minister Graf v. Pückler ist inzwischen eingetreten.)

Handelsminister v. d. Heydt: Wenn der dem Handelsstande angehörende Vorredner behaupte, daß dieser Stand kein Interesse an der Expedition habe, und seine Verbindungen selber weit besser anknüpfen könne, so sei dies eine völlig vereinzelt stehende Ansicht. Ihm lägen Berichte des Handelsstandes aus allen Theilen des Landes vor, die ihre besondere Freude und Dank für die Unternehmung aussprechen; er müsse hinzufügen, daß insbesondere der Handelsstand von Danzig durch sein geschäftliches Organ das allerwärmste Interesse an der Expedition kundgegeben habe (Heiterkeit). Schon seit mehreren Jahren sei die Regierung auf die Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Abschließung von Verträgen mit den ostasiatischen Staaten hingewiesen worden, und er erinnere an einen diesen Gegenstand betreffenden früheren Antrag des Vertreters von Stralsund. Die Regierung sei überzeugt, daß die Expedition dem Handelsstande zum Vortheil gereichen werde, und hoffe mit Zuversicht auf die Ertheilung der Indemnität.

Abg. Karsten: Der Kommission habe die Erklärung, die der Minister heute abgegeben, nicht vorgelegen. Sie habe also ihren Antrag stellen müssen; übrigens habe sie das Wünschenswerthe und Nützliche der Expedition niemals verkannt, nur einzelne Mitglieder derselben hätten es bezweifelt. Nachdem die Regierung erklärt, sie sei sich der vollen Verantwortlichkeit bewußt gewesen, und nun eine Indemnität verlange, glaube er, die Kommission würde unter diesen Umständen ihren Antrag nicht gestellt haben.

Abg. Reichensperger (Köln): Ein Urtheil über die Bedeutung der Expedition maße er sich nicht an, halte sie aber für erfreulich. Ihr Hauptcharakter sei ein militärischer. Der Charakter jener Völkerschaften sei unbequem; Verträge auf Glauben und Vertrauen mit ihnen zu schließen, sei eine nutzlose Sache. Wenn es selbst für Frankreich und England schwierig erscheine, Verträge mit jenen Völkerschaften aufrecht zu erhalten, so sei dies für uns noch unrathsamer. Demnach würde er stets ja zur Absendung derselben gesagt haben. Konstitutionelle Bedenken veranlaßten ihn jedoch, dem Antrage des Hrn. v. Vincke und Genossen nicht beizutreten. Solle das Steuerbewilligungsrecht des Hauses eine Geltung haben, so müsse es in allen Fragen, die nicht absolut unaufschiebbar seien, vorher in Anspruch genommen werden. Man sistire die wichtigsten inneren Verbesserungen, Chausseen, Deichbau 2c., weil die Geldmittel fehlten. Der politische Horizont sei sehr umwölkt. Alle Bedenken des Kommissionsberichts seien auch jetzt noch maßgebend, wenn sie auch nach der Erklärung des Ministeriums gemildert schienen.

Finanzminister v. Patow: Es sei nicht nöthig gewesen, der Kommission die Indemnitätsfrage besonders vorzulegen, sie verstehe sich ja von selbst. Dem Wunsche nach Vertagung, der in der Kommission selbst ausgesprochen, habe diese nicht nachgegeben. Der Regierung habe also die Gelegenheit gefehlt, diejenigen Erklärungen zu machen, die heut im Hause abgegeben worden. Wenn in Sachen der Expedition ein Vorwurf gemacht werde, so gelte derselbe hauptsächlich dem Finanzminister, weil er Gelder zu derselben angewiesen, ehe die Landesvertretung sie bewilligt. Dessen sei er sich auch vollkommen bewußt, glaube aber, es werde nicht leicht ein Fall eintreten, in welchem er die Verantwortung mit größerer Ruhe auf sich nehmen könne. Die Wichtigkeit der Expedition sei von mehreren Seiten anerkannt. Die bedeutendsten Mitglieder des Handelsstandes stimmten darin überein, daß sich der Handel nicht immer seine Wege allein suchen könne, sondern daß die Wege oft von der Regierung angebahnt, jedenfalls Consulate errichtet werden müßten. Seit 18 Jahren habe Preußen einen Consul in China. Dieser müsse durch das Erscheinen der Expedition in der Geltendmachung des

preuß. Interesses unterstützt werden. Ueberhaupt werde es für alle Consuln von Vortheil sein, wenn die preuß. Kriegsflagge sich an den Orten zeige, wo sie residirten, namentlich in so fernen Gegenden. (Zustimmung.) Die Consuln hätten dies in ihren Berichten oft hervorgehoben. Außerdem vertrete die Expedition ja nicht allein kaufmännische Interessen, sondern auch wissenschaftliche, und man werde nicht nur, wie in der Kommission gesagt sei, eine Reisebeschreibung, ein Bilderbuch (Heiterkeit), sondern eine wirkliche Förderung wissenschaftlicher Interessen von den betreffenden Mitgliedern der Komm. zu erwarten haben, so daß wir uns auch in dieser Hinsicht andern deutschen Staaten ebenbürtig zeigen könnten. Endlich habe es doch gewiß auch eine große politische Bedeutung, wenn Preußen bei dieser Gelegenheit als Vertreter des gesammten außerösterreich. Deutschlands auftrete, und für diesen Zweck dürfe man kein Opfer scheuen. Man sage, die Zustimmung der Landesvertretung sei vorher nothwendig, ja es sei jetzt noch möglich gewesen, die Expedition nicht abgehen zu lassen. Darauf müsse er erwidern, daß der Entschluß zu derselben im Herbst vorigen Jahres gefaßt worden, und die Regierung dringend von allen Seiten ersucht worden sei, sie bald abgehen zu lassen, damit nicht andere Länder uns in der Errichtung von Konsulaten und mit dem Abschließen von Handelsverträgen zuvorkämen. Nun sei es für die preußische Regierung wahrlich keine leichte Aufgabe gewesen, zum erstenmale eine solche Expedition zu organisiren. Selbst jene bekannte amerikanische Expedition sei erst drei Monate nach dem festgesetzten Termin flott geworden. Da könne man der preußischen Regierung diese Zögerung gewiß nicht übel nehmen. Es sei kein Monat, keine Woche verstrichen, in welcher sich nicht herausgestellt, daß immer noch etwas Wichtiges zu thun sei. Was den speziellen Vorwurf betreffe, den man der Regierung wegen des Ankaufs des Transportschiffs „Elbe" in Hamburg mache, so sei ursprünglich an die Zugesellung eines Transportschiffes gar nicht gedacht worden. Sobald sich die Nothwendigkeit dazu herausgestellt, habe man in allen preußischen Häfen nachgefragt, sei aber überall auf Schwierigkeiten gestoßen; auf etwas Ungewisses habe sich die Regierung nicht einlassen und nicht ein Schiff miethen wollen. Da sei ihr jenes ganz neue Schiff zum Kaufe angeboten, zugleich aber auch, da andere Käufer sich gemeldet, eine nur dreitägige Bedenkzeit gelassen worden. Die Regierung habe sich also schnell entschlossen, um so mehr, da jenes Schiff auch für die Zukunft sehr brauchbar sei, und man ein ähnliches in preußischen Häfen theurer hätte bezahlen müssen. Er glaube also, die Regierung sei gerechtfertigt; sie würde in eine sehr schwierige Lage gerathen, wenn die Versammlung ihre Mißbilligung aussprechen oder die Expedition für nicht gerechtfertigt erklären wollte, was so ziemlich dasselbe sei. Das Bedürfniß sei anerkannt, und auch in diesem Falle glaube die Regierung das Nothwendige zur rechten und geeigneten Zeit gethan zu haben.

Abg. Harkort: Das Beispiel Englands und Amerikas zeige, von welchem Nutzen das Erscheinen der Kriegsflagge in einem fremden Hafen sei. Erst durch sie werde den Consuln Autorität verschafft. — Es wird abermals Schluß der Diskussion beantragt und angenommen. — Referent Abgeordn. Schubert: Die bisherigen Einwendungen hätten weniger dem Kommiss.-Bericht, als den Aeußerungen von Vorrednern gegolten. Zu spät sei die Expedition jedenfalls abgegangen. Die Behauptung, der Handelsstand müsse sich seine eigenen Absatzwege schaffen, sei nicht richtig. Für Europa, Amerika und einen Theil von Afrika möge sie gelten, nicht aber für jene entfernten Gegenden. Dorthin müsse man Kriegsschiffe senden. Jedenfalls habe diese Verhandlung eine große Folge, diejenige, daß sie die richtige Stellung der Landesvertretung gegenüber der Regierung in Bezug auf Geldbewilligungen darlege, und den Grundsatz aufstelle, daß indemnity nur in ganz außerordentlichen Fällen bewilligt werden dürfe. Er müsse den Kommiss.-Antrag aufrecht halten, sei aber persönlich für den Antrag des Herrn von Vincke. Der Antrag von Vincke wird mit bedeutender Majorität angenommen; dagegen der Theil der Fraktion Vincke, welche auf der Linken Platz genommen hat (Behrend u. s. w.), und Mitglieder der Fraktion Blanckenburg und Pückler. Zu dem Etat der Münze spricht der Abg. von Eynern den Wunsch aus, die Staatsregierung möge für Kronen im Interesse des Handels einen Cours feststellen.

Der Finanzminister weist auf das Mißliche eines solchen Verfahrens hin, da die Verluste des Staates bei der Fixirung des Courses für die Friedrichsd'or schon jetzt nicht unbedeutend seien und in Zukunft noch erheblicher werden würden. Die Kronen hätten bis jetzt bei uns wenig Eingang, ihren Abzug vielmehr zumeist nach denjenigen Staaten gefunden, wo die Goldwährung bestehe. Deshalb präge die Münze ganze und halbe Kronen nur soweit als Gold zum Zweck der Ausprägung eingeliefert werde. Auf eigne Rechnung kaufe die Regierung schon seit längerer Zeit kein Gold zum Prägen, da sie es unter den obwaltenden Verhältnissen nicht gut thun könne.

Abg. Osterrath: Die Anführung des von v. Eynern geäußerten Wunsches sei nach den Bestimmungen des Münzvertrages von 1857 nicht statthaft. Das Haus habe sich bei Berathung des betreffenden Gesetzes für die Beibehaltung der Silberwährung erklärt, und das Gesetz bestimme, daß sich der Silberwerth der Goldmünzen nach dem Verhältniß des Angebots und der Nachfrage regulire. Auf die Frage des Abg. Fliegel, warum keine Fünf- und Zehnsilbergroschenstücke geprägt werden, antwortete der Finanzminister: Eindrittelthalerstücke seien keine gesetzliche Münze in Preußen, Einsechstel-Thalerstücke würden insoweit geprägt werden, als der Verkehr es erfordere.

Folgt der Bericht der Budget-Commission über die Etats der Lotterieverwaltung, Seehandlung u. s. w., aus welchen das Nöthige bereits mitgetheilt ist. Abg. Brämer giebt dem Finanzminister anheim, bei der Anstellung von Lotterie-Einnehmern auf Civil- und Militär-Anwärter Rücksicht zu nehmen. — Der Bericht wird im Uebrigen ohne Discussion nach den Anträgen der Commission erledigt.

Bei dem 2ten Petitionsbericht der Finanz-Comm. beantragt der Abg. Riedel die Petition, betr. die Schuldobligationen des ehemaligen Königreichs Westfalen (die Comm. befürwortet Tages-Ordnung) zu abermaliger Berathung an die Justiz-Comm. zu verweisen; Abg. Osterrath unterstützt, Ref. Abg. Denzin bekämpft es. Finanzminister v. Patow: Die Justiz-Comm. sei nicht gerade specifisch qualificirt zur Berathung dieser schon so vielfach besprochnen Frage; der vom Abg. Osterrath ausgesprochene Wunsch, Preußen möge die andern betheiligten Regierungen zu einer Vereinbarung vermögen, sei nicht gut zu erfüllen; es sei nicht zu empfehlen, in dieser Sache neue Hoffnungen zu erregen. — Die Ueberweisung an die Justiz-Comm. wird abgelehnt.

Abg. Mende hält die Rechtsannahme der Comm. mindestens für zweifelhaft, die Annahme nämlich, daß eine Zwangsanleihe nicht die Natur einer wirklichen Anleihe trage, weil die Vorbedigung einer jeden Anleihe, die Freiwilligkeit fehle; ebenso die Annahme, daß Preußen auch für seine eignen Unterthanen nicht Rechtsnachfolger des Königreichs Westfalen geworden sei. Die Nationalversammlung in Frankfurt habe am 17. October 1848 eine Beschwerde der westfäl. Gläubiger für begründet erklärt und der dermaligen Centralgewalt zur Abhilfe überwiesen. Einen besonderen Antrag stelle er nicht, da derselbe voraussichtlich resultatlos bleiben würde; doch wolle er wenigstens Verwahrung einlegen. — Die Tages-Ordnung wird angenommen. Die übrigen Petitionen werden sämmtlich nach dem Antrag der Comm. durch T.-O. erledigt. (Schluß folgt.)

Der Zudrang zu der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten war außerordentlich stark. Veranlaßt hatten ihn wahrscheinlich die Gerüchte, welche ein hiesiges Blatt über den zu erwartenden Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Abgeordneten v. Vincke mitgetheilt hatte. Die Differenz vom Freitag war indeß bereits längst beigelegt, als das in Rede stehende Blatt seine völlig unbegründeten Mittheilungen machte. — Nachträglich verdient erwähnt zu werden, daß nach dem stenographischen Berichte über die Freitagssitzung Präsident Simson gegen den Abgeordneten v. Vincke nicht die Zulässigkeit der Beurtheilung dessen, was „parlamentarisch" sei oder nicht, seitens der Mitglieder des Hauses bestritt, sondern dessen, was parlamentarisch „schicklich" oder nicht; das letztere zu beurtheilen stehe, nach seiner Ansicht, nur dem Präsidenten zu.

Die Militär-Kommission des Hauses der Abgeordneten hält morgen wieder Sitzung.

Berlin, 19. März. [Amtliches.] Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Die Kreisrichter Meltzbach in Wartenburg, Horn in Heilsberg, Rohde in Rastenburg, Kirchhoff in Braunsberg, Büttner in Bartenstein, v. Podscharly in Rößel und Plehwe in Wormditt zu Kreisgerichts-Räthen und den Kommerz- und Admiralitätsrichter Stroedel zu Königsberg in Preußen zum Kommerz- und Admiralitätsrath zu ernennen, sowie den Rechtsanwalten und Notaren Marenski in Königsberg i. Pr., Cruse und Jester daselbst und Heubach in Braunsberg den Charakter als Justizrath und dem Kreisgerichts-Salarien- und Deposital-Kassen-Rendanten Krüger zu Königsberg i. Pr. den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.

Der praktische Arzt Dr. Langguth zu Sulzbach ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Saarbrücken ernannt worden.

Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Dem ordentlichen Professor an der Universität zu Berlin, Dr. Lepsius, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Baiern Majestät im verliehenen Ritterkreuzes des Verdienstordens der baierischen Krone, so wie dem Direktor der Warschau-Wiener Eisenbahn, preuß. Baurath Rosenbaum zu Warschau, zur Anlegung des von des Großherzogs von Sachsen königliche Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes 2. Klasse des Hausordens vom weißen Falken zu ertheilen. (St. A.)

Breslau, 20. März. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Neuegasse Nr. 16, 2 Brechstangen, 2 Rammen von Gußeisen, 3 Piken und 3 Hammer. Lehmdamm Nr. 10, aus unverschlossener Stube 1 Bolzenbüchse. Hintermarkt Nr. 7, aus unverschlossener Stube 1 Paar neue Stiefeln, 1 grautuchener Mannsrock, 1 rothlederne Brieftasche und eine Anzahl Cigarren. Altbüßer-Straße Nr. 15, aus unverschlossenem Hausboden 2 Mannshemden. Königsbrücke Nr. 3b, aus unverschlossenem Lokale 3 Thlr. 15 Sgr. baares Geld, 1 weißer Shirting-Unterrock, 13 Ellen grauwollenes grün- und rothgestreiftes Kleiderzeug, 2 Frauenhemden, E. S. (goth.) gez., 6 Morgenhauben, 5 gestickte Kragen, 1 Spitzenkragen, 1 weißes Taschentuch, gez. Wilhelmine (lat.), 2 lila- und gelbgemusterte leinene Schürzen. Ring Nr. 20, 15—16 Paar Zeughosen. Nikolaistraße Nr. 80, 5 Stück Westen, theils von Sammet, theils von Seide.

Muthmaßlich gestohlen wurden: 2 Bund Stabeisen, im Gewicht von ca. 1 Ctr. und 7 Thlr. im Werth, welche am 18. d. M. polizeilich mit Beschlag belegt worden.

Gefunden wurde: 1 brauner Muff, 1 weißer Sommermantel und ein kleiner Schlüssel.

[Bettelei.] Im Laufe voriger Woche sind hierorts durch Polizeibeamte 17 Personen wegen Bettelns verhaftet worden.

In der verflossenen Woche sind excl. 4 todt geborener Kinder 46 männliche und 51 weibliche, zusammen 97 Personen als gestorben polizeilich gemeldet worden. Hiervon starben: Im Allgemeinen Kranken-Hospital 11, im Hospital der Elisabetinerinnen 2, im Hospital der barmherzigen Brüder 5 und in der Gefangenen-Kranken-Anstalt 3 Person. (Pol. Bl.)

Liegnitz, 16. März. [Personal-Chronik.] Es wurde bestätigt: Die Wahl des Kaufmanns und Beigeordneten Werthmann in D.-Wartenberg zum Rathmann daselbst, die Wahl des Kürschnermeisters Hielscher in Rothenburg O.-L. zum Rathmann daselbst; die Vokation für den bisherigen provisorischen Lehrer Ernst Kammer zum katholischen Lehrer, Organisten und Kirchenbedienten in Muskau, für den bisherigen Lehrer in Möhnersdorf, R. Böhm, zum Lehrer an der evang. Schule in Gablau, Kreis Landeshut, für den bisherigen Lehrer in Ober-Stephansdorf, Pinkert, zum Lehrer der ersten Mädchenklasse bei der evang. Schule zu Goldberg.

Ernennungen: Die Kreisrichter Matthäi zu Lähn, Schulze und Geisdorf zu Rothenburg und Andersek zu Löwenberg sind zu Kreisgerichts-Räthen allerhöchst ernannt worden. Dem Salarienkassen-Rendanten Schnierstein zu Grünberg ist der Charakter als „Rechnungs-Rath" allerhöchst verliehen worden. Dem Kreisgerichts-Sekretär Greulich zu Glogau ist der Titel „Kanzlei-Direktor" verliehen worden.

Befördert: Der Appellations-Gerichts-Referendarius Müller zu Sprottau zum Gerichts-Assessor. Der Auskultator Kühn zu Lauban zum Appellations-Gerichts-Referendarius.

Versetzt: Der Kreisrichter Friedensburg zu Liegnitz als Stadtrichter an das Stadtgericht zu Breslau.

Ausgeschieden: Der Appellations-Gerichts-Referendarius Martin zu Lauban behufs des Uebertritts zur Intendantur.

Entlassen, in Folge rechtskräftigen Erkenntnisses: Der Bote und Exekutor Pfuhl zu Liegnitz.

Ernannt wurden: Der Steueraufseher Henneberg in Görlitz zum Haupt-Amts-Assistenten daselbst, der Sergeant Mücke zum Grenzaufseher in Liebau.

Liegnitz, 17. März. [Personal-Chronik.] Die bisherigen Appellationsgerichts-Auscultatoren Freiherr von Richthoffen und von Marschall sind zu Regierungs-Referendarien ernannt. Superintendent Dr. Köhler zu Glogau ist auf sein Ansuchen nunmehr auch von der Verwaltung der Stadt-Superintendentur Glogau entbunden und diese dem Pastor Flössel zu Quaritz, bis auf Weiteres, interimistisch übertragen worden. Es wurde bestätigt: die Vocation für den bisherigen Collaborator K. W. Schmidt am evangel. Gymnasium zu Glogau zum ordentlichen Lehrer an der höheren Stadtschule in Bunzlau, für den bisherigen Adjuvanten J. C. G. Heidrich zum Lehrer an der evangelischen Schule in Deutsch-Paulsdorf, Kreis Görlitz. Er wurden berufen: der bisherige Hilfsprediger in Trachenberg, Adolph Wilhelm Eduard Methner, zum Pfarrer der evangel. Gemeinde in Proskau, Kreis Oppeln, der Archidiaconus Schmidt zum Pastor primarius an der evangelischen Haupt- und Pfarrkirche zu Lauban, der Diaconus Stock zum Archidiaconus und der Pfarrvicar Julius Joh. August Spillmann zum Diaconus an der genannten Kirche. Der Intendantur-Secretariats-Assistent Wald von der königlichen Intendantur des 5. Armee-Corps, ist auf seinen Antrag aus dem Intendanturdienste entlassen worden.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 19. März, Nachmittags 3 Uhr. Die hier eingetroffenen Nachrichten aus Turin blieben ohne Wirkung auf die Börse. Die 3proz. eröffnete zu 67, 75, hob sich auf 67, 85 und schloß geschäftslos und wenig fest zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 94½ eingetroffen.

Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 80. 4½proz. Rente 96, —. 3proz. Spanier 43½. 1proz. Spanier 34¼. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 498. Credit-mobilier-Aktien 738. Lombard. Eisenbahn-Aktien —. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 19. März, Nachmittags 3 Uhr. Für Consols waren Käufer. Consols 94½. 1proz. Spanier 34¼. Mexikaner 21⅝. Sardinier 84. 5proz. Russen 108. 4½proz. Russen 98.

Wien, 19. März, Mittags 12 Uhr 45 Minuten. Börse lebhafter. — Neue Loose 102, 50.

5proz. Metalliques 69, 25. 4½proz. Metalliques 61, —. Bank-Aktien 859. Nordbahn 194, 60. 1854er Loose 104, —. National-Anlehen 77, 50. Staats-Eisenbahn-Aktien-Certifikate 264, —. Kredit-Aktien 189, 20. London 133, 25. Hamburg 101, —. Paris 53, 10. Gold 133, —. Silber —, —. Elisabetbahn 172, —. Lombardische Eisenbahn 154, —. Neue Lombard. Eisenbahn —.

Frankfurt a. M., 19. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Wenig verändert bei geringem Geschäft.

Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 128. Wiener Wechsel 86⅜ B. Darmstädter Bank-Aktien 152. Darmstädter Zettelbank 225½. 5prozent. Metalliques 48¾. 4½proz. Metalliques 43¼. 1854er Loose 74½. Oesterr. National-Anleihe 55⅜. Oesterreich.-französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 230. Oesterr. Bank-Antheile 740. Oesterr. Kredit-Aktien 162½. Oesterr. Elisabet-Bahn 126. Rhein-Nahe-Bahn 43⅞. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 96. Mainz-Ludwigshafen Litt. C. —.

Hamburg, 19. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Matt bei geringem Geschäft.

Schluß-Course: National-Anleihe 56¼. Oesterr. Kreditaktien 69¼. Vereinsbank 98½. Norddeutsche Bank 83. Wien —, —.

Hamburg, 19. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco bei guter Kauflust höchste letzte Preise zu bedingen, ab auswärts sehr fest gehalten. Roggen loco sehr fest, ab auswärts matt. Oel pr. Mai 24¾, pr. Oktober 26¼. Kaffee fest, 1000 Sack Rio zu 6½ umgesetzt. Zink unverändert.

Liverpool, 19. März. [Baumwolle.] 8000 Ballen Umsatz. — Preise gegen vergangenen Sonnabend unverändert.

Berlin, 19. März. Die französisch-piemontesische Politik tritt immer mit neuen faits accomplis vor Europa, und die Geschäftswelt sieht daher die Besorgniß näher gerückt, daß aus der Mitte der übrigen Mächte sich endlich ein Einspruch erheben möchte, der den Frieden gefährdet. Die Schweiz hat bereits protestirt, Oesterreich und Preußen schicken sich gleichfalls zu Protesten an, und auch das londoner Kabinet macht Miene, seine Fügsamkeit aufzugeben. Die Börse kann durch eine sich so ankündigende Wendung der Dinge in keine bessere Lage versetzt werden, es ist schon überraschend, daß ihre Haltung sich nicht erheblich verschlechtert. Daß dies heute der Fall gewesen wäre, läßt sich nicht behaupten. Im Vergleich zu den Coursen der österreichischen Effekten im gestrigen Privatverkehr waren diese Papiere eher fester, wenn gleich der wiener Cours auf London wieder eine Verschlechterung der Valuta um 75 Ct. anzeigt. Spekulations-Effekten waren überhaupt nicht weiter gewichen, in einzelnen fehlte es selbst nicht an Umsätzen. Hiervon abgesehen aber hatte die Börse im Ganzen eine unzweideutig mattere Haltung, besonders in Eisenbahnaktien und Fonds. In diesen Effekten war der Verkehr auf ein sehr niedriges Maß beschränkt und Angebot, obschon weder dringend noch belangreich, doch eher als in der vorigen Woche wahrzunehmen. Am Geldmarkt keine sichtliche Veränderung, im Allgemeinen etwas mehr Festigkeit.

Oesterreichische Creditactien meist ¾ % niedriger als Sonnabend (69½), blieben zu diesem Course fest und erhöhten sich nach Eintreffen des wiener Courses auf 69¾; selbst pro ult. fix war dieser Cours zu machen. Mit 71 oder 1 Vorprämie pro ult. gemacht. Dessauer waren mit 19 übrig, Genfer dagegen zum letzten Course (25) begehrt und vielfach dazu umgesetzt. Disconto-Commandit-Antheile zu 80 heute in guter Frage und in Posten gehandelt. Berliner Handel war ½ % höher mit 76 gefragt. Die übrigen Credit-Effekten fest, aber ohne Verkehr.

Notenbank-Actien fest, aber beinahe ohne allen Verkehr; nur Braunschweiger wurden 1% höher mit 70 bezahlt.

Von Eisenbahn-Actien waren heute Mecklenburger, nachdem sie Anfangs mit 42½ gesucht waren und selbst 42⅝ bedangen, mit 42½ offerirt, nachdem die Festsetzung der Dividende auf 1½ % bekannt geworden war. Dringend angeboten waren jedoch nur Rhein-Nahebahn, die selbst ¾ unter der gewichenen letzten Notiz mit 42 am Markt waren. Von schweren Aktien war nur in Oberschlesischen Litt. A. und C. merkliches Angebot, ohne daß Käufer waren; es war ¾ % billiger mit 111½ anzukommen.

In preußischen Anleihen wenig Umsatz, Staatsschuldscheine ⅛ billiger (83⅞) bei ziemlichem Angebot; Prämien-Anleihe ¼ % höher (113½). Einiges Geschäft in Pfandbriefen, häufig aber ⅛ billiger, nur Westpreußen ⅛ höher ohne Abgeber. Schlesier ½ % herabgesetzt mit 87¼ ohne Nehmer. Rentenbriefe zu den letzten Coursen gut zu lassen.

Oesterr. National-Anleihe hatte sich von dem Drucke des gestrigen Privatverkehrs wieder etwas erholt. Zu 57 waren dauernd Käufer, eine Kleinigkeit wurde ⅛ höher bezahlt. Metalliques behaupteten letzten Geldcours von 51; 54er Loose trug man 1 % niedriger an, Creditloose verloren ⅛ Thaler, einzelne Loose mögen auch zu 51¼ und zu 51 umgegangen sein. Für die 5. Stieglitzanleihe ließ sich ¼ mehr erzielen, die englische blieb ½ höher angetragen, die neue 3% ließ sich ⅛ billiger haben. Schatz-Obligationen stellten sich ⅛ höher, 500 Fl.-Loose ¼ niedriger. Für hamburger Loose forderte man ½ mehr, ebenso für dessauer Prämienanleihe 1%.

Dessauer Gasaktien gewannen ½ (85), Minerva bedang letzte Geldnotiz. Neustädter Hütten blieben ½ billiger zu haben. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 19. März 1860.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anleihe	4½	99¾ G.
Staats-Anl. von 1850 52, 54, 55, 56, 57	4½	99¾ bz.
dito 1853	4	94 G
dito 1859	5	104¼ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	83⅞ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	113½ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	99¾ B.
Pfandbr. Kur- u. Neumärk.	3½	87¾ bz.
Pfandbr. dito dito	4	97½ bz.
Pfandbr. Pommersche	3½	86⅝ bz.
Pfandbr. dito neue	4	95⅛ bz.
Pfandbr. Posensche	4	100 bz.
Pfandbr. dito	3½	90 G.
Pfandbr. dito neue	4	87⅞ bz.
Pfandbr. Schlesische	3½	87¼ B.
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk	4	93¾ bz.
Rentenbriefe Pommersche	4	93 bz.
Rentenbriefe Posensche	4	91¼ bz.
Rentenbriefe Preussische	4	92 bz.
Rentenbriefe Westf. u. Rhein.	4	93¼ G.
Rentenbriefe Sächsische	4	93⅜ bz.
Rentenbriefe Schlesische	4	93 G.
Louisdor	—	108½ bz. u. G.
Goldkronen	—	9. 2¼ G

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metall.	5	51 G.
dito 54er Pr.-Anl.	4	76 B.
dito neue 100 fl.L.	—	51⅛ bz.
dito Nat.-Anleihe	5	57 bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	107 G.
dito 5. Anleihe	5	95 G.
do.poln.Sch.-Obl.	4	82¾ G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	86¼ B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	89 G.
dito à 300 Fl.	5	92¾ G.
dito à 200 Fl.	—	22¾ G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	41⅞ B.
Baden 35 Fl.	—	30 B.

Actien-Course.

	Div. 1858	Z.-F.	Cours
Aach. Düsseld.	3½	3½	72½ B.
Aach.-Mastricht.	0	4	16 B.
Amst.-Rotterd.	5	4	69¼ bz.
Berg. Märkische	4	4	72¾ B.
Berlin-Anhalter.	8½	4	103 à 102¾ bz.
Berlin-Hamburg.	5¼	4	103 bz. u. G.
Berl.-Ptsd.-Mgd.	7	4	121½ bz.
Berlin-Stettiner	6	4	94¾ bz.
Breslau-Freib.	5	4	80½ B.
Cöln-Mindener	7¾	3½	119½ bz.
Franz.St.-Eisb.	6 1/15	5	130 G.
Ludw.-Bexbach.	11	4	127 B.
Magd. Halberst.	13	4	182 bz.
Magd.-Wittenb.	1	4	32¾ bz.
Mainz-Ludw. A.	5½	4	96 B.
Mecklenburger	2	4	43⅝ à ½ bz. u. B.
Münster-Hamm	4	4	90 B.
Neisse-Brieger	2	4	48½ bz.
Niederschles.	—	4	91 bz
N.-Schl. Zwgb.	—	4	— — —
Nordb. (Fr.-W.)	2	4	47½ b.
dito Prior.	—	4½	99¾ G.
Oberschles. A.	8⅔	3½	111½ B.
Oberschles. B.	8⅔	3½	— — —
dito C.	8⅔	3½	111½ B.
dito Prior. A.	—	4	91¼ G.
dito Prior. B.	—	3½	78½ G. Lit. C. 84¾ G.
dito Prior. D.	—	4	84¾ B.
dito Prior. E.	—	3½	72¼ B.
dito Prior. F.	—	4½	89¼ bz.
Oppeln-Tarnow.	4	4	29 bz.
Prinz-W.(St.-V.)	2	4	— — —
Rheinische	5	4	78⅞ bz.
dito (St.) Pr.	—	4	— — —
dito Prior.	—	4	85 B.
dito v. St. gar.	—	3½	— — —
Rhein-Nahe-B.	—	4	42½ B.
Ruhrort-Crefeld.	3½	3½	— — —
Starg.-Posener	3½	3½	80¾ B.
Thüringer	5½	4	96¾ bz. u. B.
Wilhelms-Bahn.	0	4	33½ B.
dito Prior.	—	4	— — —
dito III Em.	—	4½	— — —
dito Prior. St.	—	4½	— — —
dito dito	—	5	— — —

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1858	Z.-F.	Cours
Berl. K.-Verein	6⅘	4	116½ etw. bz.
Berl. Hand.-Ges.	5½	4	76 G.
Berl. W.-Cred G.	5	5	91 bz. u. B.
Braunschw. Bnk.	6½	4	70 bz.
Bremer "	4⅔	4	96 bz. u. G.
Coburg. Crdit.A.	6	4	53 etw. bz.
Darmst.Zettel-B	5	4	89½ G.
Darmst (abgest.)	5¼	4	60½ etw. bz. u. G.
Dess.Creditb.-A.	5¼	4	19 B.
Disc.-Cm.-Anth	5	4	80 bz.
Genf.Creditb.-A	—	4	25 bz.
Geraer Bank	5¼	4	70 G.
Hamb.Nrd.Bank	6	4	82 G.
" Ver.- "	5½	4	98 G.
Hannov. "	5⅔	4	90 B. (i. D.)
Leipziger "	—	4	55½ Klgkt. bz. u. B.
Luxembg.Bank	—	4	70 B. (i. D.)
Magd. Priv. B.	4	4	74¾ B.
Mein.-Crditb.-A.	6	4	61 B.
Minerva-Bwg. A.	2	5	28½ bz.
Oesterr.Crdtb.A.	7	5	69½ G.
Pos. Prov.-Bank	4	4	73¾ bz. u. B.
Preuss. B.-Anth.	7⅞	4½	130 bz.
Schl. Bank-Ver.	5½	4	72 G.
Thüringer Bank	4	4	50½ G.
Weimar. Bank	5	4	78½ B.

Wechsel-Course.

	Frist	Cours
Amsterdam	k. S.	142⅝ bz.
dito	2 M.	141⅞ bz.
Hamburg	k. S.	150¾ bz.
dito	2 M.	150⅜ bz.
London	3 M.	6. 18 bz.
Paris	2 M.	79⅙ bz. u. G.
Wien österr. Währ.	8 T.	74⅝ bz.
dito	2 M.	74 bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ bz
dito	2 M.	99 5/12 bz.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 bz.
Petersburg	3 W	96½ bz.
Bremen	8 T.	108 bz

Berlin, 19. März. Weizen loco 60—72 Thlr. — Roggen loco 50¾—51 Thlr. pr. 2000pfd. bez., März 51—50—½ Thlr. bez. und Gld., 50¾ Thlr. Br., April 48½—⅛—¼ Thlr., Frühjahr 48¼—47⅞—48 Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 47¾—½—¾ Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 47¾—¼—½ Thlr. bez., Br. und Gld.

Gerste, große und kleine 37—44 Thlr. pr. 1750pfd.

Hafer loco 27—28 Thlr., Lieferung pr. März 27½ Thlr. Br., Frühjahr 27 Thlr. bez., Mai-Juni 27½ Thlr. bez., Juni-Juli 28 Thlr. Gld.

Rüböl loco 11½ Thlr. Br., März und März-April 11½ Thlr. Br., 11 5/12 Thlr. Gld., April-Mai 11½—⅓—5/12 Thlr. bez. und Gld., 11½ Thlr. Br., Mai-Juni 11½ Thlr. bez. und Gld., 11 7/12 Thlr. Br., September-Oktober 12 11/24—⅓—⅜ Thl. bez., Br. und Gld.

Leinöl loco 10¾ Thlr. Br., Lieferung 10⅔ Thlr. Br.

Spiritus loco ohne Faß 17 13/24—7/12 Thlr. bez., März und März-April 17½ Thlr. nominell, April-Mai 17½—⅝—7/12 Thlr. bez. und Br., 17½ Thlr. Gld., Mai-Juni 17¾—⅞—¾ Thlr. bez., 17⅞ Thlr. Br., 17¾ Thlr. Gld., Juni-Juli 18⅛ Thlr. bez. und Gld., 18¼ Thlr. Br., Juli-August 18⅓—⅜ Thlr. bez., 18 5/12 Thl. Br., 18⅓ Thlr. Gld., August-September 18¾ Thlr. Br., 18½ Thlr. Gld.

Weizen behauptet. — Bei überwiegenden Angeboten machte der Rückgang der Roggenpreise heute weitere und ansehnliche Fortschritte, so daß wir bei ziemlich regen Umsätzen um fast 1 Thlr. niedriger gegen Sonnabend schließen. Das Motiv zu dieser Baisse finden wir in dem Umstande, daß ohne alles Erwarten heute ca. 16,000 Ctnr. zur Kündigung kamen, die im Januar verladen, jetzt wieder hierher dirigirt wurden. Die Aufnahme dieser Kündigung war indeß eine sehr günstige, demzufolge der Schluß ein fester war. — In Rüböl mangelte es heute an genügender Nachfrage, weshalb der Umsatz beschränkt blieb. Nach einer vorübergehenden Mattigkeit, die billigere Preise zur Folge hatte, schließt es wieder fest. — Spiritus bei sehr fester Haltung Anfangs etwas höher bezahlt, dann ruhiger.

≅ **Breslau,** 20. März. [Produktenmarkt.] Mäßige Zufuhren wie Angebote von Bodenlägern und für sämmtliche Getreidearten in Preisen und Kauflust nicht wesentlich verändert gegen gestern. Oelsaaten behauptet. Kleesaaten beider Farben matter in Haltung und bei schwachem Begehr letzte Preise bezahlt. — Spiritus fester, loco 16⅓, März 16⅔ G.

	Sgr.			
Weißer Weizen	75	78	80	82
Gelber Weizen	66	68	72	75
dito mit Bruch	52	56	60	64
Roggen	54	56	58	61
Gerste	43	45	48	52
Hafer	26	28	30	32
Kocherbsen	54	56	58	62
Futtererbsen	45	48	50	52
Wicken	40	45	48	50

	Sgr.				
Winterraps		90	94	96	98
Winterrübsen		76	78	80	84
Sommerrübsen		72	76	78	80
Schlagleinsaat		75	80	84	88
	Thlr.				
Rothe Kleesaat	7½	9	10	11	12
Weiße dito	17 20	22½	23½	24½	
Thymothee		10	10½	11	11½

Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.